

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

17.4.1863 (No. 90)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 17. April.

N. 90.

1863.

Vorabzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gedruckte Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. April.

Durch Allerhöchste Ordre vom 15. d. wird Oberarzt Dr. Deimling vom (1.) Leib-Grenadierregiment zum Infanterieregiment versetzt; der praktische Arzt S. F. C. E. L. d. h. d. b. wird zum Oberarzt beim (1.) Leib-Grenadierregiment und der praktische Arzt G. L. Brandt in Odenheim zum Oberarzt beim 5. Infanterieregiment ernannt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

**Karlsruhe, 16. Apr.** Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin mit Seiner königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog sind heute Vormittag 8 1/2 Uhr von hier abgereist, um die Blumenausstellung in Mainz zu besuchen, und werden morgen Mittag wieder hier zurückkehren.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Ihre Kaiserliche Hoheit die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden haben sich gestern Mittag nach Schloss Stauffen begeben undgebenen morgen Abend wieder dahier einzutreffen.

**Speyer, 15. Apr. (F. 3.)** Heute wurden unter die Mitglieder die Aenderungsanträge zu dem Entwurf der Wahlordnung, wie solche aus dem Ausschusse hervorgegangen, vertheilt. Zu sieben verschiedenen Paragraphen werden darnach Modifikationen beantragt, von denen die wichtigsten folgende sind: Nach §. 10 des Entwurfs wird zur Gültigkeit einer Presbyterwahl erfordert, daß sich mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten bei der Wahl des Wahlkollegiums betheilige; werde dieses Erforderniß auch bei einer wiederholten Wahl nicht erreicht, so solle für diesmal das Wahlrecht der Kirchengemeinde erlöschen und der Wahlauswahl eine dreifache Zahl von Presbytern und Erbsammlern vorschlagen, von welchen das Konfessorium sodann je einen Presbyter und Erbsammler bestimme. Diesen Paragraphen beantragt der Ausschuss zu streichen oder ihn mindestens in folgender Weise abzuändern: Die Wahl solle gültig sein, wenn sich bei der ersten Wahlhandlung die Hälfte der Wahlberechtigten betheiligt habe; war Letzteres nicht der Fall, so seien die Ausgewählten zu einem zweiten Wahltermin zu laden und dann die Stimmzettel beider Wahlen zusammenzuzählen; die Wahl solle dann gültig sein ohne Rücksicht auf die Zahl der Wählenden.

Ueber die Fassung des §. 12 des Entwurfs vermochte sich der Ausschuss nicht zu einigen. Der Paragraph lautet:

Wenn ein Presbyter durch unfruchtliches Verhalten, unwillkürlichen Wandel oder durch seine Amtsführung sich als unwürdig erweist, oder in sonstiger Beziehung die in §. 7. beziehungsweise §. 5. geforderten Eigenschaften verloren hat, so soll er auf Grund verlässlicher Erhebungen nach Genehmigung des Presbyteriums, Pfarramts und Delanats durch das Konfessorium aus dem Kirchenvorstande ausgeschlossen werden, nachdem er mit seiner Betheiligung gehört worden sein wird.

Der Ausschuss beantragt hiezu den Beisatz: „und eine vorausgegangene Ermahnung erfolglos geblieben ist.“ Zwei

Mitglieder beantragen ferner „nach den Worten „so soll er auf den Grund verlässlicher Erhebungen“ zu setzen: „durch Beschluß des Presbyteriums, welcher in allen Fällen der Bestätigung des Konfessoriums unterliegt, aus dem Kirchenvorstande ausgeschlossen werden“ u. s. w. Ebenso soll nach dem Antrag zweier Mitglieder die Bezugnahme auf §. 7, welcher die innere (religiösen) Eigenschaften eines Presbyters aufzählt, vermindert und nur §. 5, der von den äußeren Eigenschaften (Alter, selbstständiger Haushalt etc.) handelt, erwähnt werden.

Der Ausschuss beantragt ferner zu §. 13 den Zusatz, daß über alle Wahlstände und Reklamationen bezüglich der Diebstahlmorde diese, und zu §. 15 Ziff. 8 die Modifikation, daß über dieselben Anstände bezüglich der Generalsynode nicht das Konfessorium, sondern die Generalsynode selbst, beide in erster und letzter Instanz, entscheiden.

**Aus Aheinbesen, 14. Apr. (Fr. 3.)** Auf die Anfrage wegen des Besuchs der Mannheimer Lehrervereinsammlung erfolgte von Seiten der Oberstudien direktion die Antwort, daß demselben nichts entgegenstehe.

**Wiesbaden, 14. Apr. (Fr. 3.)** Der heute wieder zusammengetretene Landtag wird alsbald zur Prüfung der Budgets der oberen Gerichtsbehörden, der Rechnungskammer, der Landesbank, des Staatsministeriums, und der Staatsdiener-Behörden, zu welchen Gegenständen die Berichte der Ausschüsse vorliegen, schreiten. Beide Kammern werden sodann über die Differenzpunkte, welche sich bei Prüfung des Gesetzentwurfs über die Errichtung von Handelskammern ergeben haben, in gemeinsamer Berathung treten. Da auch noch andere Gegenstände zur Berathung reif sind, wird der Landtag allem Anschein nach nicht lange dauern.

**Gotha, 14. Apr. (Fr. 3.)** Der Landtag benutzte mit Ausnahme weniger zurückgelassener Paragraphen in seiner heutigen Sitzung das neue Volksschulgesetz, wonach künftig eine Trennung der Kirche von der Schule Platz greifen soll. Die Gehaltsverhältnisse der Lehrer wurden in der Weise geregelt, daß an Landschulen mit 50 oder weniger Schülern ein Lehrer in entsprechender Stala von 175 bis 280 Thlr., in Schulen von mehr als 50 Schülern bis zu 320 Thlr., freigt; in den drei Städten des Landes ist der Maximalgehaltsbetrag auf 600 Thlr. festgesetzt. Zur Erleichterung bleibt dem Landtag nur noch übrig das Gesetz über die rechtliche Stellung der freien Gemeinden und die Kröliche.

**Hannover, 13. Apr.** Die „N. Hannov. Ztg.“ theilt zwei Beschlüsse des Ministeriums des Innern mit, die vom 9. März d. d. h. eine erfreuliche Richtung der Verwaltung betreffen. Dieselben betreffen nämlich die Verminderung der Zentralkation in der Verwaltung, und die zu erlangende lebendigere Anordnung der örtlichen und factischen Verhältnisse bei Berufungen.

**Bremen, 11. Apr.** Das „Bremer Handelsbl.“ spricht sich über die Bedeutung des jüngst abgeschlossenen preussisch-belgischen Handelsvertrages, dahin aus: „Der Vertrag ist ein vortreffliches Werk, und die des westlichen Deutschlands ist in vielen Stücken gleichartig, aber noch dieses Umstandes möchte sich bei der letzten der Wirth immer dringender geltend, mit der ersten in ihrer eigenen Heimath, in Belgien konträren zu können, und es war alle Aussicht vorhanden, daß man dort, auf diesem tauglichen und

nabe benachbarten Markte, mit Glück konkurriren werde, wenn nur der belgische Tarif einigermassen modifizirt würde. Der belgische Tarif wurde modifizirt, aber nur zu Gunsten Frankreichs, Englands und der Schweiz. Wir standen außer vor und wußten zu sehen, wie unsere Konkurrenten auf dem belgischen Markte sich festsetzten, um uns das Mitwettbewerb für alle Zeit unmöglich zu machen. Da war es denn höchste Zeit, daß der Zollverein ernstlich um die Gleichstellung wenn nicht mit Frankreich, so doch mit England und der Schweiz, welche bis zum 1. Oktober 1864 noch hinsichtlich der Garn- und Gewebstoffe gegen Frankreich benachtheiligt sind, auf dem belgischen Markte war; aber der Zollverein trat sich nicht, Preußen ist daher allein für dieses Interesse eingetreten. Die Verhandlungen, welche in den letzten Tagen des vorigen Monats zwischen Belgien und Preußen zum Abschluß kamen, zeichnen sich aber dadurch aus, daß sie dem Zollverein die Vorteile der Gleichstellung mit England und der Schweiz auf dem belgischen Markte gewähren, ohne ihm andere Zugeständnisse anzufinzen, als das der Behandlung Belgiens auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation.

Dies erscheint nicht um deswillen bedenklich, weil der Preis der erlangten Vorteile verhältnismäßig sehr gering ist, sondern um deswillen, weil so die Verhandlungen in Kraft treten könnten, ohne von dem außerpreussischen Zollverein ratifizirt zu werden. Preußen zahlt übrigens diesen Preis allein. Der Schiedsrichter liegt in die holländische Staatskasse. Da er der Schiffahrt Antwerpens überaus günstig werden würde, so sorgt Belgien dafür, daß er gar nicht erhoben wird, und zahlt dafür einen vertragmäßig festgestellten Betrag aus seiner Tasche an Holland. Preußen, wenn es die ihm angebotene Abhängigkeitsumme zahlt, schließt seine Schiffahrt vor der Eventualität, daß Belgien von ihr den Schiedsrichter erhebt. Auch angenommen, daß Preußen unter allen Umständen sich nicht ausgeschlossen haben würde, wenn alle übrigen Staaten die Abhängigkeit willigten, so ist es doch anzunehmen, daß Preußen mit diesem Opfer dem ganzen Zollverein einen überaus ansehnlichen Vorteil zu erlangen gewußt hat, einen Vorteil, für welchen die übrigen Zollvereinsstaaten nicht das Allerniedrigste täuschen; denn der Vertrag ist nicht einmal einwärtigen süddeutschen Gerichten, von 1866 an neue differenzielle Zollbegünstigungen zu Gunsten Deutschlands einzuführen, hinderlich. Die Folge der Einführung solcher Begünstigungen, welche Belgien nicht zu Theil werden sollen, besteht einfach in dem Wiedererwerb der von Belgien gewährten Vorteile. Die Gegner des deutsch-belgischen Handelsvertrages werden die preussisch-belgischen Verhandlungen als ein Danaergeschenk verurtheilen. Sie können der Verwerfung dieses Gesichts sich enthalten; aber das von anderer Seite verwerthet werden können sie nicht verhindern.

**Berlin, 14. Apr.** Die Militärkommission des Hauses der Abgeordneten hat heute die auf die Marine bezüglichen Schlussparagraphen der Militärnovelle durchberathen und dieselben wesentlich nach den Vorschlägen des Referenten Behrend erledigt, der diesen Theil der Vorlage bedeutend ergänzt und erweitert hat. Da es dabei auf den Wortlaut ankommt, so warten wir, bis dieser vorliegt, mit weiteren Mittheilungen. Von Seiten der Regierung wurde auch hier, an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten. Die Feststellung des Berichtes erfolgt wahrscheinlich Freitag. Von Seiten des Berichterstatters v. Jordanbeck ist in der Kommission noch eine, unter Anderem auf die Militärgerichtsbarkeit bezügliche Resolution zu erwarten.

Die Staatsschulden-Kommission des Landtags hat ihren dreizehnten Jahresbericht über die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens im Jahr 1861 erstattet. Die üblichen Kassenevidenzen haben stattgefunden; das Kassens

**Karlsruhe, 12. Apr. (Wintervorlesung. Fortsetzung.)** Der Gehalt dieser Ausstellung fand die allgemeinste Anerkennung. Selbst die belgischen Berichte, welche vom Redner theilweise in Uebersetzung mitgetheilt wurden, sprachen dies in der anerkanntesten Weise aus und bestätigten damit die ermunternden Kundgebungen, welche darüber in deutschen Schriften, namentlich von Berlin aus, veröffentlicht wurden. Ein sprechendes Zeugnis dafür ist endlich auch der zahlreiche Besuch, dessen sich die Ausstellung vom Sommer bis in den Oktober hinein fortwährend zu erfreuen hatte.

Hierauf gab der Redner eine kurze Charakteristik der hervorragendsten deutschen Schulen, welche auf der Ausstellung vertreten waren. Berlin zeichnete sich aus in dem Bereich einer gewissen künstlerischen Prosa, insbesondere durch Porträts und andere, mit größter Sorgfalt ausgeführte Salonstücke, sowie durch das gewählte, zierliche Genrebild. Nebenall zeigte sich die Feinheit des deutschen Nordens, überall die Merkmale der großen Stadt, nicht selten auch eine Hinneigung zum Französischen, sei es nun, daß derselben eine Verwandtschaft äußerlicher oder innerlicher Verhältnisse, oder etwa auch eine mehr oder minder bewußte Nachahmung zu Grunde lag. Düsseldorf vertrat gewissermaßen das lyrische Element, verbunden mit der dort immer mehr, oder wenigstens geistigen Romantik, und seine Zeichenschulen, Karlsruhe und Weimar, schlossen sich in würdiger Weise an ihre Vorgängerin an. Würzburg zeigt seinen monumentalen, etwas rauheren, breit-epischen Charakter; insbesondere in den bekannten Kunstleistungen von Cornelius, Schorn und Hess, sowie in den klassischen griechischen Sandgestaltbildern von R. J. Mengler. Wien vertrat in seinen Kunstwerken das dramatische Element und erinnerte durch die kräftigen, bewegten, leichten Kunstwerke, in Uebereinstimmung mit seiner politischen Geschichte, an die Leistungen der alten venezianischen und spanischen Meister, und in seinen Genrebildern an den naturwüchsigsten Humor der alten Kaiserstadt.

Als schöpferischen Gründer einer deutschen Schule bezeichnete der

Redner Peter Cornelius, von dem wir die Zeichnungen zu Faust und zum Nibelungenliede, die Entwürfe für die Casa Bartholdi und Villa Massimo, die Fresken in der Glastheke, in den Loggien der Pinakothek und in der Ludwigskirche, die Entwürfe für den Berliner Dom und die Friedenshalle (Campus santis) nur zu nennen brauchen, um ihre gewaltige Wirkung zu bezeichnen. Er hatte in seinem Vaterlande zuerst an der Düsseldorfer Akademie einen Kreis von strebsamen Schülern nachhaltig angeregt und zu gleicher Zeit seine Wirksamkeit für München entfaltet, wosin er bald darauf überredete; aber während seines Aufenthaltes an der Jav bildete sich eine Reihe selbstständiger Meister an ihm heran, und diese wirkten in seinem Geiste noch fort, als er im Jahr 1840 zur Verberlichung der oben genannten projektierten Werke nach Berlin berufen wurde.

Wissen wir die schöpferische Begabung als das wirksamste Moment zur Gründung einer Kunstschule anerkennen, so bleibt gleichwohl in dieser Richtung noch eine zweite Stelle für das portragende Lehrtalent übrig; falls denselben eine genügende Kunstsammlung zur Seite steht. Ein solcher Lehrers erweute sich Düsseldorf in dem Ordinarius seiner Schule, Wilhelm Schadow. In Berlin und Wien übten vornehmlich die dortigen Sammlungen ihre Wirkung auf das nachwachsende Künstlergeschlecht aus. An die Münchener Ausstellung reihte sich im Jahr 1861 die deutsche Kunstausstellung zu Köln an, welche sich auf die Kunstwerke der letzten Jahre beschränkte und gewissermaßen als eine Fortsetzung und Ergänzung der Münchener Ausstellung zu betrachten ist. Der Einbruch, welchen sie machte, steht in Uebereinstimmung mit der oben besprochenen Wirkung, welche die Münchener gehabt hatte. Beide veranlaßten den Redner noch zur Vederung einiger Fragen über die Richtung, welche unsere Kunstschulen einzuschlagen haben dürften.

Zunächst stellte er die Frage auf, ob unsere Kunst eine idealistische oder eine realistische Richtung einzuhalten habe, und entschied sich für die idealistische Richtung, weil der Deutsche bei der Betrachtung eines

Kunstwerkes vor Allem die demselben zu Grunde liegende Idee und die Form zu beachten sich gedrungen fühle, und wenn er hier keine Befriedigung findet, dem Kolorit schon etwas zu gut hält, ja selbst auf die Farbe zu verzichten weiß. Schwind's „Sieben Raben“ sind mit dem Stifte gezeichnet und nur schwach mit Aquarellfarben kolorirt, und gleichwohl haben sie auf der Münchener Ausstellung die ungeschickteste Anerkennung gefunden. Die „Apokalypsischen Reiter“ von Cornelius, sowie die Karlsruherischen Cartons für das neue Berliner Museum sind mit Kohle auf gewöhnliches Papier gezeichnet, und dessen ungeachtet preis und preis sie ganz Deutschland noch bevor sie in Farben ausgeführt sind. (Schluß folgt.)

Die Königin von England hat dem Magistrat in Koburg eine Photographie des Denkmals mittheilen lassen, welches dem Prinzen Albert auf dem dortigen Markte gesetzt werden wird. Prinz Albert ist in der Hofenbandordens-Tracht dargestellt. Die Zeichnung des Denkmals ist von dem italienischen Künstler Minotti in London nach Angabe der Königin entworfen worden und die Statue soll in Berlin gegossen werden.

Paris, 15. Apr. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nunmehr den französischen Eisenbahngesellschaften zur Pflicht gemacht, in jedem Wagnis einen Wagon erster und einen Wagon zweiter Klasse zur ausschließlichen Verfügung der reisenden Frauenzimmer zu halten. Mehrfach wird auch für die mit dritter Klasse reisenden Frauenzimmer die gleiche Vergünstigung jetzt reklamirt.

Einem amerikanischen Blatte zufolge gibt es im Mormone nstaaate Utah bloß einen einzigen Jünger, welcher der Mormonensekte angehört. Derselbe hat bloß 9 Frauen und 47 Kinder.



weisen ist in strengster Ordnung. Von den präfidierten Kassenanweisungen von 1835 und Darlehensklassenscheinen von 1848 sind immer noch 282,927 rückständig, ein definitiver Präfidiertermin ist für diese Papiere bis jetzt nicht bestimmt. Die verzinsliche Schuld betrug Ende 1861: 255,809,877 Thlr. 20 Sgr. 9 Pf., die unverzinsliche 271,652,224 Thlr. 20 Sgr. 9 Pf. Gestilgt sind im Jahr 1861 an verzinslicher Schuld 6,145,000 Thlr. Die Kommission beantragt, der königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden für die aufgeführten Rechnungen die Decharge zu erteilen.

**Berlin, 14. Apr.** Die „Kreuzztg.“ bringt einen Artikel über „die neuesten Schritte Dänemarks gegen Schleswig“, dem wir die folgende Bemerkung entnehmen:

Was das Verfahren gegenüber diesem Vorgehen Dänemarks betrifft, so sind wir der Meinung: es komme jetzt in erster Reihe darauf an, nach allen Seiten hin mit vollster Sorgsamkeit die Solidarität zu sichern, welche seiner Zeit für die Sache der deutschen Herzogthümer eingetreten ist und die Abmachungen mit der Kopenhagener Regierung herbeigeführt hat. Also kein isolirtes Auftreten einer einzelnen deutschen Macht, sondern Schritt für Schritt das einmüthige Zusammenwirken Preussens, Oesterreichs und des Bundes.

Das Blatt ist auch überzeugt, daß der Hauptanstoß zu Dänemarks jetzigem Vorgehen in fremden Einwirkungen zu suchen sei, und mit Beziehung hierauf schließt es seinen Artikel mit folgenden Worten:

Namentlich lassen verschiedene Merkmale entnehmen, daß die französische Politik die jetzige Wiederanregung der dänisch-deutschen Streitfrage nützlich findet, um Angesichts der Zerwürfnisse in Deutschland, sowie der Lage der Dinge, welche durch die polnische Frage hervorgerufen worden, einerseits die vorhandenen Uneinigkeiten zu steigern, andererseits die gegenwärtigen Freundschaftsbeziehungen zwischen den übrigen Mächten zu stören und zu verwirren. Erwägen wir, daß Rußland und Preußen, sowie England und Oesterreich zu der dänisch-deutschen Streitfrage andere Stellungen einnehmen als zu der polnischen Frage, so wird wohl nicht ohne Grund vermuthet, in Frankreichs Hand sei Dänemarks offenes Auftreten vorzugsweise der Versuch, ein Zerlegungselement in Verbindungen zu bringen, die in Paris als unbedenklich empfunden werden. Deshalb festes Zusammenhalten, wo auf Trennung hinführt wird.

Daß man in gewissen Kreisen auf die französische Regierung nicht allzu gut zu sprechen ist, beweist wohl auch folgender rückfällige Passus der „Nordd. Allg. Ztg.“, das Organ des Hrn. v. Bismarck: „Bonaparte mag in Stockholm und Turin „angefragt“ haben; allein die Haltung Oesterreichs und Englands nimmt diesen „Anfragen“ jede ernstere Bedeutung.“ Die „Berl. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Unser Premier wird bald ausrufen: Herr bewahre mich vor meinen Freunden!“

**Berlin, 15. Apr.** Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stand zunächst die Prüfung der Wahl des Abg. Landraths v. Scheer-Thohs (Kr. Sorau). Die Genehmigung der Wahl war vom Hause beantragt worden, weil dieselbe durch den Fürsten v. Pleß in ungesetzlicher Weise sollte beeinträchtigt worden sein, und sollten daher zu näherer Aufklärung die betr. Wahlmänner eidlich vernommen werden. Dies ist geschehen. Der Abg. Forstmann als Berichterstatter der 6. Abtheilung verliest die Aussagen der Zeugen, meist polnischer Zunge, aus welchen hervorgeht, daß der Fürst v. Pleß den Wahlmännern erklärt habe: er werde dem Fürsten v. Scheer-Thohs seine Stimme geben und wünsche, daß die Wahlmänner dasselbe thäten. Die Abtheilung beantragt mit allen gegen 2 Stimmen die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Abg. Graf Beth u. Huc erklärt sich entschieden gegen diesen Antrag. Der Fürst habe sein Recht in keiner Weise überschritten, seine Beeinflussung sei ganz gesetzlich gewesen. Abg. Wachsmuth spricht für den Antrag; desgl. die Abgg. v. Vincke (Stargard) und Jmmermann. Abg. Krause gegen die Ungültigkeitserklärung. Eine ungesetzliche Beeinflussung habe nicht stattgefunden; wolle das Haus prüfen, in wie weit eine moralische oder unmoralische Stattegefallen, so werde es schwer sein, überhaupt irgend eine Wahl zu prüfen. Der Antrag der Abtheilung auf Ungültigkeitserklärung wird schließlich angenommen. In dem gegen die Fendalen, einige Katholiken und Mitglieder der Fraktion Vincke, u. A. Simson, Patow, Schwerin. Es folgt die Fortsetzung der Verhandlung über den Gesetzentwurf, betr. die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf den Seeschiffen. Zu §. 14 wird trotz des Widerspruches des Kriegsministers und mehrerer Abgeordneten ein Amendement der Abgg. Behrendt und Birchow angenommen, welches über die Militärpflicht der Anzuheuernden handelt. §. 19 wird in der von dem Abg. Schmidt (Randow) beantragten Fassung: „Der Schiffer ist verpflichtet, bei der Abtattung in das Seefahrtsbuch eines jeden Schiffmanns einen Vermerk über die Rang- und Dienstverhältnisse, in denen derselbe gestanden, einzutragen. Die Musterungsbehörde hat diesen Vermerk unter der Musterung zu beglaubigen“ — angenommen. Zu §. 26, welcher von dem, dem Schiffsmann zu gewährenden Wohnungsraum handelt, wird ein Amendement des Abg. Schmidt (Randow): „In Betreff der Schiffe, welche vor Erlass dieses Gesetzes bereits gebaut sind, tritt diese Bestimmung erst mit dem 1. Jan. 1865 in Kraft“ angenommen; ebenso alle §§. bis 28. Schluß der Sitzung. Nächste Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte. Interpellation des Abg. Ewerfen in der schleswig-holsteinischen Frage. Petitionsberichte.

Gegen 30 Abgeordnete haben sich zu einer freien Konferenz vereinigt, um eine Verständigung zwischen der liberalen Fraktion bezüglich der Behandlung der Militärnovelle zu versuchen. Nach längerer Debatte hat sich die Majorität für Amendement entschieden; sie will aber von einer Rekrutenaushebung von 60,000 Mann Nichts wissen, sondern hält es für zweckmäßig, den Effectivbestand des Heeres im Frieden auf 150,000 Mann festzustellen. — Nach der „Stern. Kor.“ steht es jetzt fest, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Rechnungslage von 1862, abgelehnt werden wird.

**Wien, 15. Apr.** Ihre Kais. Hoh. die Großfürstin Olga Fedorowna stattete gestern Vormittag gleich nach ihrer Ankunft dem Kaiser und der Kaiserin einen Besuch ab, welchen S. M. bald darauf erwiderten. Der Kaiser war in russischer Uniform. Auch die hier anwesenden Erzherzoge haben im Lauf des Vormittags die Großfürstin besucht. Die Abreise erfolgt heute.

**Wien, 15. Apr.** Die siebenbürgischen Landtagsvorlagen sind, nachdem sie den Staatsrath passiert hatten, Gegenstand der Beratungen in der Ministertagung geworden und haben auch bereits dieses Stadium so weit durchgemacht, daß es sich nunmehr um die Schlußberatungen handelt, welchen Graf Grenneville zugezogen werden soll. — Wie der „Donauzeitung“ aus Athen gemeldet wird, ist der k. bayerische Konsul Bernau vom Gerichtshof losgesprochen und auf freien Fuß gesetzt worden. — Der „Presse“ wird aus Brünn, 14. Apr., telegraphirt: Fräulein Puzowjoff ist heute mit dem Prager Morgenzug hier angekommen und fuhr mittelst Fiakers weiter nach Tschnowitz zu Langiewicz.

Langiewicz hat angeklagt, er könne durch das Ehrenwort, welches er gegeben habe, nicht länger gebunden werden. Die „Constitut. Ztg.“ theilt mit, es würden demzufolge strengere Ueberwachungsmaßnahmen in Betreff des Emigranten ergriffen werden.

**Wien, 15. Apr. (W. L. B.)** Das Abendblatt der „Wiener Ztg.“ vermeldet, die kaiserliche Regierung habe von ihrem besondern Standpunkte aus, ohne den Verhandlungen mit Preußen und am Bundestage vorzugehen zu wollen, bei der dänischen Regierung gegen deren auf die Herzogthümer bezügliche Verordnung vom 30. März d. J. bereits nachdrückliche Einsprache erhoben. — Die „Donauztg.“ ist ermächtigt, die von der „Europe“ gebrachte Nachricht von einem an den Kaiser von Oesterreich gerichteten Schreiben des Papstes zu Gunsten der Polen als irrig zu bezeichnen.

**Schweiz.**

**Bern, 13. Apr.** Der „Bund“ meldet vom eidgenössischen Schützenfest: Die Ehrengaben haben Ende voriger Woche den Betrag von 80,080 Fr. 80 Ct. erreicht. Die Schweizer in Petersburg figuriren auf der neuesten Liste mit 300 Fr. Das Komitee in Chaur-de-Fonds hat nun auch die französischen, italienischen, englischen und belgischen Schützen zur Theilnahme am Fest eingeladen. — Das Polenering von Bern hat am 11. d. beschlossen, durch ein Zirkular an angesehenen Personen auf dem Lande zur Theilnahme an der Unterstützung Polens im ganzen Kanton aufzufordern.

**Frankreich.**

**Paris, 15. Apr.** Heute werden die Eröffnungen der drei Mächte in St. Petersburg eingetroffen sein; sind sie auch nicht identisch, so streben sie doch ein gemeinschaftliches Ziel an. Uebrigens scheint es sich — der „Patrie“ zufolge — nicht um Noten im gewöhnlichen Sinn des Wortes zu handeln. „Eine eigentliche diplomatische Note“ — sagt sie — ist in der dritten Person redigirt und trägt die Unterschrift des Gesandten, welcher sie dem betr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu übergeben hat. Diese Weise, welche nur in ernsten Fällen üblich ist und von Frankreich wegen der Konvention vom 8. Febr., Preußen gegenüber, beantragt wurde, scheint nicht gebilligt worden zu sein. Die „Patrie“ glaubt, daß die Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, England und Oesterreich sich darauf beschränken, ihre Vertreter zu St. Petersburg einzuladen, dem Fürsten Gortschakoff die empfangenen Depeschen vorzulesen und wahrscheinlich auch ihm Abschrift zu lassen. Wie ich vernehme, hat überdies Lord John Russell die englischen Agenten im Auslande angewiesen, die betreffenden Regierungen einzuladen, ihre Zustimmung zu der an das St. Petersburger Kabinet gerichteten Depesche auszusprechen; die englische Depesche soll, nebenbei gesagt, viel ausführlicher und eingehender sein, als die der beiden übrigen Kabinette. — Die „France“ will wissen, daß die königl. Familie von Dänemark den griechischen Thron für den Prinzen Wilhelm nur mit Einwilligung des Hauses Bayern annehmen, daß der Prinz das königl. Palais zu Athen nur bewohnen wolle, wenn König Otto hierüber willigen wird, und daß desfallsige Unterhandlungen in München angeknüpft seien.

Das „Siccle“ erzählt nach der „Union de l'ouest“ und der „Gaz. de France“ einen Vorfall, wonach der Präfekt eines Waite in Gegenwart seiner Kollegen aufs tüchtigste abkanzelte, weil er mit einem Kandidaten geflüstert hatte, der nicht der Regierungskandidat war. Das „Siccle“ kam mit einem „Witzgeheiß“ weg, die beiden legitimistischen Blätter aber sind unter der Anschuldigung der Verbreitung falscher Nachrichten vor die Gerichte verwiesen. — Man glaubt, daß die Budgetdiskussion sehr lebhaft und dadurch eine Verlängerung der Session über den 8. Mai hinaus nothwendig werden dürfte. Da zwischen dem Schluß der Session und den Neuwahlen eine Zwischenzeit von wenigstens 20 Tagen bestehen muß, so fängt man an zu vermuthen, daß die Wahlen nicht vor dem 7. oder 8. Juni statthaben werden. — Gestern besuchte der Kaiser die kürzlich restaurirte Kirche von Aueil, wo die Grabmäler der Kaiserin Josephine und der Königin Hortense sich befinden. Der Hof wird in der ersten Hälfte des Monats Mai nach Fontainebleau übersiedeln; sollte sich der Besuch des Prinzen und der Prinzessin von Wales Ende Mai verwirklichen, so sollen in der kaiserl. Residenz glänzende Feste gegeben werden. — Die Nacht „Jerôme Napoleon“ ist in Marseille eingetroffen. Prinz Napoleon reist unter dem Namen eines „Grasen v. Meudon“. Er wird Alexandria, die Pyramiden, Cairo, Monthabor, Helopolis, St. Jean d'Acre und die Arbeiten am Suez-Kanal besuchen. Der Tag der Abreise ist noch nicht bestimmt.

Im Laufe der Saison wird ein zweiter Besuch englischer Arbeiter in Paris erwartet. — Die heutige Börse war sehr flau. Hr. Fould ist nach Tarbes abgereist; man versichert, das Projekt, die Konversion der 4 1/2proz. zu vollenden,

ist vorerst wieder aufgegeben. Rente bleibt 69.95. Ital. Anl. bleibt 72, neue 73.20. Die neuen Titel werden ausgegeben und sofort auf den Markt gebracht. — Gestern fand in der Freimaurerloge vom Grand Orient eine lebhaft diskutierte über den Vorschlag der Regierung statt, die Logen als Etablissements von allgemeinem Nutzen anzuerkennen, beziehungsweise zu überwachen. Ein Bruder sprach seine Gesinnungen durch Verlesung der Fabel vom Wolf und vom Hund aus. Die Maurer verstanden.

**Rußland und Polen.**

Die „Gen.-Korresp.“ aus Dester. veröffentlicht als authentisch nachstehendes Schreiben Mieroslawski's an den demokratischen Zentralausschuß der polnischen Emigration in Paris:

Bürger! Bevor ich mich in Folge der Aufforderung des Warschauer Zentralkomitees nach unserm Vaterlande begab, um an dem Kampfe gegen Rußland Theil zu nehmen, hatte ich in eurer Gegenwart mit dem Kommissar Lelewel die Punkte verhandelt, welche als politische und militärische Grundlage meiner und eurer Mitwirkung an dem Aufstande dienen sollten. Man kam nicht nur über alle Vorschläge überein, sondern das Warschauer Zentralkomitee trug mir auch freiwillig, ohne daß ich darum angefleht, den Oberbefehl über sämtliche zwischen Kalisch, Widawa und Gzesczowa zu errichtende Streikräfte an, welche am linken Ufer der Warta Stellung nehmen und im Verein mit den Insurgenten am rechten Ufer dieses Flusses und an der Weichsel die russischen Stellungen um und in Warschau bedrohen sollten. Der Kommissar des Zentralkomitees legte mir gleichfalls in eurer Gegenwart die Listen und Tabellen der organisirten militärischen Mittel in jenen Gegenden vor, welche sich auf 15,000 M. Fußvolk und 5000 Reiter belaufen sollten, die bereit wären, nach dem ersten Signal wohlbewaffnet und ausgerüstet in die Schlachtlinie zu rücken. Alle diese Verfügungen haben sich nicht bewahrheitet.

Als ich unter hundert Gefahren, krank und erschöpft bei Konin eintraf, fand ich statt 15,000 Mann und 5000 Pferde kaum 1500 mit Jagdhunden, Säbels, Lanzen u. dergl. bewaffnete Patrioten, welche zwar bereit waren, einen Angriff auf Kalisch zu wagen oder nach der Weichsel zu wirken, aber hierzu einen ausdrücklichen Befehl von Seiten des Zentralkomitees erwarten wollten. Vergeblich berief ich mich auf die vom Kommissar Lelewel empfangenen Vollmachten, wodurch die kostbare Zeit nutzlos verloren ging. Diese Umstände und Verzögerungen benützte eine Handvoll Intriguanen, um Zwietracht und Haber zu streuen und den Interessen einer Familie zu dienen, welche die Wiederherstellung Polens nur zur Befriedigung ihres Ehrgeizes und ihrer Anmaßung ausbeuten würde. (Nach der Ansicht des Berichterstatters der „Gen.-Korr.“ ist hiermit wahrscheinlich die Partei des Fürsten Gortschakoff gemeint, deren gleichnamiger Führer sich gegenwärtig in Stockholm befindet.) Hierzu gestellten sich noch fanatische Dignitäten, welche in dem Wahne leben, Polen mit Weichwasser und Kirchengliedern zu befeuern.

Gegenüber den Gefährlichkeiten und Unthäten dieser Unsinninger war an keine einheitliche Leitung der Kräfte des mit anvertrauten Landestheils zu denken. Vom tiefsten Schmerze über diese Vorgänge erfüllt, verschlammerte sich mein Gesundheitszustand dergestalt, daß ich bei bewährten Patrioten Zuzucht zur Heilung meiner schweren Krankheit suchen mußte. Noch nicht völlig hergestellt, eilte ich nach der Woiwodschaft Krafau, um mich von dort mit dem Zentralkomitee in Verbindung zu setzen und dasselbe an seine feierlich eingegangenen Verpflichtungen zu mahnen. Was nach meiner Ankunft in Pilska und Olkusz geschah, wie sich Langiewicz und das Zentralkomitee gegen mich benommen, wist Ihr bereits aus meinen Berichten Nr. 132, 133 und 134. Dem Zentralkomitee folgte die Strafe bezüglich seiner Verblendung in die Vorschlagungen Langiewicz's auf dem Fuße! Die Geschäfte wird über Beide richten!

An Anbetracht also, daß die gegenwärtige Leitung des Aufstandes Tendenzen verfolgt, welche mit den am 21. Okt. 1862 zwischen den Kommissären des Warschauer Zentralkomitees und dem demokratischen Zentralausschuß in Paris getroffenen Vereinbarungen in völligem Widerspruch stehen; in Anbetracht, daß auch von dem ursprünglichen festgesetzten militärischen Operationsplan abgewichen und keine militärische Zentralgewalt geschaffen worden ist, wenn diese auch kurze Zeit von Langiewicz zum Schaden des Vaterlandes usurpirt worden; in Anbetracht endlich, daß namentlich das Zentralkomitee in Warschau die Mitwirkung sämtlicher polnischer Länder an dem Nationalaufstande begrenzt und Posen und Galizien davon ausgeschlossen, erkläre ich hiermit, mich vorderhand von jeder direkten Theilnahme an diesem gegen meine innerste Ueberzeugung mit halben Mitteln geführten Unternehmen enthalten und einzuweichen eine beobachtende Stellung einnehmen zu wollen, welche natürlicher Weise je nach der Veränderung der gegenwärtigen Sachlage eine spätere aktive Theilnahme meinerseits nicht ausschließt. Es lebe die demokratische Republik! 21. März 1863. General Lubwig Mieroslawski.

**St. Petersburg, 10. Apr.** Wie das heutige „Journal de St. Petersburg“ meldet, empfing der Kaiser am 17. d. M. im Winterpallast die Deputation, welche vom Petersburger Adel beauftragt worden war, ihm die (bereits mitgetheilte) Adresse zu überreichen. Der Kaiser, sichtlich gerührt, erwiderte auf dieselbe etwa Folgendes:

Ich danke Ihnen für diese Adresse. Sie hat mir unter den obwaltenden Umständen einen höchst angenehmen und trostvollen Augenblick bereitet. Als Edelmann theile ich ganz diese Gefühle, und ich bin überzeugt, daß Sie dieselben mit dem ganzen russischen Adel theilen. Ich hoffe, daß Sie dieselben Gefühle, mit denen Sie mich erfreut haben, auf ihre Kinder übertragen werden. Ich begreife die Liebe zum Vaterlande so, wie Sie dieselbe ausgedrückt haben. Seit Jahrhunderten hat sie die Kraft Rußlands ausgemacht und von Geschlecht zu Geschlecht wird sie das sichere Unterpfand seiner Macht verbleiben. Ich danke Ihnen noch einmal und bitte Sie, den Adel meiner aufrichtigen Dankbarkeit zu versichern.

**Krafau, 13. Apr.** Ein Extrablatt des „Gaz“ bespricht das Amnestiemanifest und bemerkt: Besorgnis vor einer Intervention habe die Amnestie hervorgerufen. Es werde darin der Nation nur jener Zustand versprochen, der eben den Kampf veranlaßt habe. Die Festsetzung des Termins beweise Rußlands Schwäche und biete den Mächten Gelegenheit, einen Waffenstillstand zu verlangen.

**Krafau, 14. Apr.** Der „Gaz“ berichtet, der Aufstand in Litauen sei bedeutend gewachsen. Czachowski in Brody habe Munition und Waffen genommen. Im Ra-



riampol'schen haben sich neue Aufständische unter Andrzejewicz gezeigt. Cieszkowski sei von einer Mission im Kalkischer Gebiete zurückgekehrt.

**Krakau, 15. Apr.** Der „Gaz“ meldet: Im Sandomir'schen sind neue Insurgententruppen aufgetaucht. Unweit Suwalki, bei Dzsantza, hat ein großes Gefecht stattgefunden, an dem 3000 Insurgenten Theil nahmen. Die Russen haben dabei 200 Tode und 7 Kanonen verloren.

**Krakau, 15. Apr.** (Köln. Ztg.) Oberst Cieszkowski, der bei Brosszencin verwundet wurde, ist im Edelhofe zu Lesnianki von den Russen ermordet worden. Letztere tödteten auch den Sohn des Besitzers, der ganz wehrlos war. Ein Manifest der Nationalregierung folgenden Inhaltes ist erschienen: „Wir haben die Waffen ergriffen für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, nicht für trügerische Versprechungen des Zaaren. Wir weisen seine Gnade zurück und werden für Freiheit und Vaterland sterben.“ Die Stimmung in Warschau ist einmütig gegen jede Transaktion.

### Großbritannien.

**London, 14. Apr.** Das Unterhaus trat gestern zum ersten Male nach Ostern zusammen. Die Sitzung bot Nichts von besonderem Interesse. Es scheint, daß man sich im Allgemeinen auf eine ziemlich inhaltslose Session gefaßt macht. Debatten über auswärtige Angelegenheiten allein dürften ihr einiges Interesse geben.

In der Amnestie, welche Rußland verheißt, finden die liberalen Tagblätter — d. h. alle mit Ausnahme des „Herald“ und „Standard“ — eine ganz unzulängliche Maßregel zur Lösung der polnischen Frage. Doch scheint die „Post“ zu hoffen, daß der Kaiser selbst das Ungenügende seiner Anerbietungen anerkennen und weitergehende Zugeständnisse versprechen werde.

Es ist nicht genug — sagt sie — daß die russische Regierung ihren rebellischen Unterthanen verzeiht: sie muß außerdem die Ursachen beseitigen, wodurch sie zur Empörung getrieben wurden. Wäre sie auf dem Wege, den Aufstand langsam, aber sicher zu erdrücken, dann würde die Genesung einer bloßen Amnestie ein Einbrennen, welches die Insurgenten nicht ablehnen könnten, ohne höchst unpolitisch zu handeln. Aber so stehen die beiden Theile nicht zu einander. Und abgesehen von der Amnestie, enthält das Manifest nichts als die vagen Allgemeinplätze. Die Nothwendigkeit, Polen vor der Wiederkehr solcher Anruhen, wie die gegenwärtigen, zu bewahren, wird vollständig anerkannt, ebenso wie die Zweckmäßigkeit, ein System der Selbstregierung einzuführen; aber die Mittel zur Erreichung des Ziels sind nicht einmal angedeutet. Es wird fortwährend auf die bestehenden Institutionen hingewiesen, die angeblich vortheilhaft seien, während doch vermög derselben alles Dasjenige gescheh, was die Polen zum Aufstand treiben mußte. Es ist zu hoffen — schließt die „Post“ — daß die russische Regierung nicht denken wird, sie habe Alles gethan, was ihre polnischen Unterthanen oder die europäische Mächte von ihr zu verlangen berechtigt sind.

Der „Herald“ dagegen äußert sich mit Entrüstung über die Sprache der liberalen Blätter.

Wie, ruft er, ist das Manifest des Zaaren in England aufgenommen worden? In einer Weise, aus der so ziemlich klar hervorgeht, daß die liberalen Presse die Sache einer unterdrückten Nationalität nur als Gelegenheit zu hohlen Deklamationen benützen will. Der Zaar macht ein Anerbieten, dessen Annahme den Polen eine entschieden bessere Stellung verschaffen würde, als sie vor dem Ausbruch des Krieges einnahmen; dessen Verwerfung aber keine andere Folge haben wird, als die Vernichtung des ganzen politischen Gebiets, die Ausopferung der Hälfte des Landes und ein Erlöschen aller Hoffnung auf nationale Institutionen auf lange Zeit. Niemand wagt zu läugnen, daß so die Sache steht. Wie soll man es begreifen, daß also in diesem Augenblick, wo den Polen Alles geboten wird, was sie möglicher Weise erwarten können, jene unserer Kollegen, die Polen unter ihren besondern Schutz genommen haben, zu beweisen suchen, daß Rußland bloß seine Schwäche gescheit? Diejenigen, die von der Wiederherstellung Polens geträumt haben, werden natürlich eine Amnestie mit Institutionen, die sich erst im Lauf einiger Jahre zur Autonomie entwickeln können, als ein armseliges Anerbieten ansehen. Aber die Frage ist nicht, was die Polen besitzen sollten, sondern was sie erlangen können.

Die Meetings für Polen dauern noch immer fort. Am 11. d. war ein solches zu Liverpool, wo der Lordmayor auf den Wunsch mehrerer Kaufleute und Bankiers den Vorsitz übernahm. Es wurde eine Bittschrift an das Parlament verfaßt, worin gesagt ist, die beabsichtigte Note nach St. Petersburg sollte nicht in so gemäßigten Ausdrücken abgefaßt sein, wie Frankreich und Oesterreich dies wünschen. Gemäßigt, aber fest sollen die Vorstellungen an das russische Kabinett sein, und besonders sollen die Mächte auf der Ausföhrung der Wiener Verträge bestehen. Am Donnerstag fand ein Meeting in Sheffield statt, wobei Roebuck sprach, der jedoch geringe Hoffnungen für Polen äußerte. Bei einem Meeting in Glasgow trat Karl Blind auf, der in seiner Rede die polnische Angelegenheit mit der deutschen Verfassungsfrage in Verbindung brachte.

Sir George Cornwall Lewis ist heute Morgens auf seinem Landstuhle bei Harpton, bei Radnorshire, gestorben. Sir George war 1806 geboren und als Gelehrter, Politiker und Privatmann allgemein geachtet und beliebt.

### Amerika.

**Neu-York, 2. Apr.** Die sogenannten Union Meetings sind jetzt überall im Norden an der Tagesordnung und werden immer zahlreicher besucht. Eines der bedeutendsten fand am 30. März im Kapitol statt. Den Vorsitz führte der Mayor von Washington und der Hauptredner war der Gouverneur Johnson. Die Spitzen der Behörden und selbst der Präsident mit den Ministern Seward, Chase, Usher waren anwesend, und alle anerkanntermaßen Anspielungen auf die Regierung und ihre Politik begrüßte lauter Beifall. Am 31. März wurde in Neu-York ein Meeting gehalten, welches sich in seinen Resolutionen gegen jede fremde Einmischung und für alle mögliche Unterstützung der Regierung aussprach. Auf englisch, deutsch und französisch sprachen die Redner die Versammlung an. Von General Sigel wurde ein Brief vorgelesen, in welchem er

seine nicht zu vermeidende Abwesenheit bedauerte. Das „Louisville Journ.“ veröffentlicht auf die Autorität „eines mit dem französischen Hofe in engster Verbindung stehenden Freundes“ hin einen vom 2. Nov. 1862 datirten Brief, welchen 73 der hervorragendsten Häupter des Südens, unter ihnen Jefferson Davis, die Mitglieder seines Kabinetts, viele Senatoren, die Generale Toombs und Wise, an den Kaiser Napoleon gerichtet haben sollen, um ihn zu einer baldigen Anerkennung des Südens zu bewegen.

### Baden.

† Karlsruhe, 16. Apr. Hr. Hofrath Redtenbacher, Direktor der hiesigen Polytechnischen Schule, ist heute Morgen 4 Uhr seinen mehrjährigen hartnäckigen Leiden erlegen. Groß ist der Verlust, den die genannte Anstalt, sowie die Wissenschaft an dem berühmten Gelehrten und Lehrer erleidet. Die Theilnahme an seinem Hinschied ist eine tiefe und ganz allgemeine.

† Karlsruhe, 16. Apr. Der Zusammenstellung der Ergebnisse des Brief-, Fahrpost- und Zeitungsverkehrs, sowie der Personenfrequenz bei den groß. badischen Posten im Jahr 1862 entnehmen wir folgende Notizen: a) Briefpostsendungen. Es wurden befördert: 10,233,187 Briefe (i. J. 1861 9,423,508, i. J. 1860 8,684,444, i. J. 1859 8,102,216), und zwar frankirt 5,577,020, unfrankirt 4,656,167, reformmandirte 104,806, mit Waarenproben 43,888, Kreuzbandsendungen 1,091,074, portofreie Briefe 1,889,081. Davon fallen auf das innere Postgebiet (inländischer Verkehr) 5,675,084 Briefe, b) Zeitungen und Zeitungsblätter 7,000,372 Stück (i. J. 1861 6,579,802, i. J. 1860 6,108,727, i. J. 1859 5,081,780), davon 4,690,364 Stück aus Baden. c) Ordinaire Pakete, Geld- und Werthsendungen 995,671 ardin. Pakete (i. J. 1861 885,364), Briefe und Pakete mit deklarirtem Werth 1,213,837 Stück mit Werthen von 223,574,744 fl. (i. J. 1861 1,152,546 St. m. W. v. 204,671,541 fl.), zusammen 2,209,508 Stück. d) Nachnahmeseudungen und baare Einzahlungen 165,202 Nachnahmen im Betrag von 1,028,357 fl. (i. J. 1861 140,082 St. i. Betrag v. 746,852 fl.); baare Einzahlungen 30,083 im Betrag von 534,606 fl. (i. J. 1861 4463 i. Betrag von 56,780 fl., i. J. 1860 3419 i. Betrag v. 43,650 fl., i. J. 1859 2622 i. Betrag v. 35,002 fl.). e) Personenverkehr. Befördert wurden auf den Eisenbahnen (2 Kurse) für Rechnung der groß. Postkasse 6615 Personen; auf den Postomnibuskursen (am Schluß des Jahres 68 Kurse mit 110 Fahrten) und Carriolpostkursen (18 mit 20 Fahrten) für Rechnung der Fahrunternehmer 381,984 Personen, zusammen 388,599 Personen.

† Karlsruhe, 14. Apr. (B. Ldsz.) In der gestrigen Wochenversammlung des hiesigen Arbeiterbildungsvereins kam die brennende Frage, welche gegenwärtig den deutschen Arbeiterstand, und keineswegs ihn allein bewegt, zum Austrag, die Frage, ob die Arbeiter fortfahren sollen, ihr Heil in erhöhter Bildung und Befähigung, in freier Selbstthätigkeit zu suchen, oder ob sie besser thäten, diese Dinge als überwindenen Standpunkt bei Seite zu lassen und nach dem allgemeinen Stimmrecht zu streben, um mit dessen Hilfe mit der Zeit in Nationalverfassungen zu Staatsbürgern zu werden; mit einem Wort, ob sie sich für Schulzweckmäßig oder für Dr. Laßalle entscheiden sollen. Der Vorsitzende, Hr. Dr. Neßler, eröffnete die Versammlung mit einer kurzen, scharfen Charakteristik der Bestrebungen Laßalle's, deren Ziel nicht etwa moralische und materielle Hebung des Arbeiterstandes, als vielmehr Ausnutzung desselben zu Zwecken demagogischer Erheitzung sei, und forderte die Versammlung schließlich auf, namentlich zu wählen zwischen Schulzweckmäßig und Laßalle. Nachdem hierauf Hr. Dr. Busch mit Hinweis auf die Satzungen des Vereins zu seinem Ausbilden bei dem bisher verfolgten Ziel ermahnt hatte, erhielt einer der anwesenden Arbeiter, Hr. Dittmann, das Wort, und erklärte sich dahin, daß der Arbeiterstand zwar nicht auf politische Bildung verzichten solle, indem er auch in dieser Hinsicht nach immer größerer Selbstthätigkeit und Reife streben müßte, daß er dieselbe jedoch keineswegs auf dem von Dr. Laßalle vorgeschlagenen Weg zu suchen habe, sie vielmehr nur durch konsequente Verfolgung der bisher von den Arbeiterbildungsvereinen angestrebten Ziele finden können werde. In demselben Sinn sprach sich ein zweiter, gleichfalls dem Arbeiterstand angehöriger Redner, Hr. Stürz, aus. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung entschied sich die Versammlung einstimmig dahin, daß der Vorschlag Laßalle's abzulehnen sei, müßig der Arbeiterbildungsverein an seinem bisherigen Programm festzuhalten habe.

† Heidelberg, 16. Apr. Der bevorstehende Beginn des Sommersemesters hat wieder größere Regsamkeit in unsere Rufensstadt gebracht. Es sind bereits viele Studierende eingetroffen; doch läßt sich über das Verhältnis des Besuchs der Universität noch nichts feststellen, da die Vorlesungen erst in der nächsten Woche ihren Anfang nehmen. Gestern ist auch der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar mit Gefolge hier angekommen, um seine bereits in Jena begonnenen Studien der Rechts- und Staatswissenschaften an hiesiger Hochschule fortzusetzen. Er hat seine Wohnung in Müller's Victoria-Hotel auf der Anlage genommen, das wegen seiner schönen Lage und seiner geschmackvollen Einrichtung eines der bestechendsten ist. Dem Orientalisten Prof. Weil hier wurde von dem König von Italien das Ritterkreuz des h. Moriz- und Lazarus-Ordens verliehen. Wie man vernimmt, ist ihm gleichzeitig ein Lehrtstuhl für orientalische Literatur in Neapel angeboten worden.

† Mannheim, 14. Apr. In der gestrigen Hauptversammlung des hiesigen Arbeiterbildungsvereins bildete die Schrift von Laßalle, über die wir uns am Sonntag ausführlich verbreitet, den Gegenstand der Tagesordnung. Wie vorauszusehen, erklärte sich die Versammlung aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen gegen die Auffstellungen Laßalle's; sie protestirte gegen die sozial-kommunistischen Tendenzen desselben, die, in den Arbeiterstand hereingebracht, denselben spalten, ihn in dem schönsten Verlauf seiner Entwicklung aufhalten und mit der übrigen Bevölkerung in Zwiespalt bringen würden. Der Verein erklärte das Bestreben Laßalle's überhaupt als jeder freirechtlichen Entwicklung für gefährlich, bedauert, daß das Leipziger Komitee dasselbe zu dem seinigen gemacht hat, und fordert darum dieses Komitee auf, sich seiner selbst bewußt zu werden, und der Leitung einer Angelegenheit zu entsagen, zu welcher es weder Befähigung noch Beruf habe.

† Mannheim, 16. Apr. (Mannh. Z.) In der gestrigen Generalversammlung der Schützengesellschaft wurde die Erbauung einer Schießhalle nach dem Plane des Hrn. Baummeisters Schmidt genehmigt, ebenso die Widmung einer Ehrengabe für das erste badische Landeschießen seitens der Gesellschaft im Werthe von 150 fl.

### Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 16. Apr. 73. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 20. April, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Wahsprüfungen. 3) Berathung des Berichtes der Abgg. Walli und Eckhard über den Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuches.

### Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 15. Apr. Der König Wilhelm hat gestern die Rückreise von Nizza angetreten und wird nächsten Samstag 18. d. hier eintreffen. Es werden große Vorbereitungen zu seinem Empfang getroffen.

— Hechingen, 12. Apr. (Schw. M.) Die technischen Vorbereitungsarbeiten zur Herstellung der Eisenbahnlinie Hechingen-Balingen über Ebingen-Sigmaringen haben bereits begonnen. Es sind gestern in Begleitung des Hrn. Eisenbahninspektors Hochstein eine Anzahl Ingenieure angelangt, um mit der Vermessung der projektirten Linie zu beginnen.

— München, 14. Apr. (B. Z.) Der kais. österreichische Sektionsrath Dr. Maly ist hier eingetroffen, um die Verhandlungen zwischen Bayern und Oesterreich wegen Anschlusses der bayrischen Eisenbahnen nach Böhmen (Eger) zu Ende zu führen.

— Koblenz, 12. Apr. Einem der Graudenzer Unglückslichen, welcher zu zehn Jahren Festungstrafe verurtheilt war und diese mit Anderen abblühen sollte, ist es vor einigen Tagen gelungen, zu entkommen. Derselbe war mit einer großen Anzahl von Sträflingen unterhalb des Ehrenbreitsteins beschäftigt, Schutt aus einem Steinbruch zu schaffen. In einem unbewachten Augenblick war er Jade und Mühe ab, entzog sich dadurch der Beachtung, kletterte den steilen Abhang hinauf und gelangte unentdeckt über den Berg. Erst spät wurde seine Abwesenheit bemerkt. Drei Unglücksgefährten, welche mit ihm den selben Karren zu besorgen hatten, wollten seine Desertion nicht gesehen haben und wurden wegen unterlassener Anzeige zu drei Wochen strengem Arrest verurtheilt. So berichtet die „Rhein. Ztg.“

— Wien, 14. Apr. Der Zirkelmeister des „Wanderer“ hat dem Ex-Diktator Langiewicz in Lissabon einen Besuch gemacht und gibt die verschiedenen Aeußerungen des Langiewicz wieder. Wir heben daraus folgende aus: „Die polnische Sache hat am meisten durch russische, preussische und durch die Agenten Mikroslawski's gelitten; — den letztern Namen betonte er ganz besonders, und es flammte sein Auge stets zornig, so oft er ihn aussprach. Das ist — sagte er gelegentlich — die personifizierte windige Götterwelt, die Niemand neben sich dulden will, die aber, wenn sie auch den freiesten Spielraum zum thätigsten Handeln hätte, sich immer nur nach müßigen Panzaronaden feig aus der Affaire ziehen würde. Warum ist dieser Gascogner, der stets die erste Blüthe spielen will, nicht werthig inmitten der Insurrektion, und wo ist er? Meine Vermuthung wird mich nicht trügen, die dahin geht, daß dieser Bramarbas Alles ausbieten werde, um mir selbst in dieser Provinz, für die ich interniert bin, zu schaden. Und nebenbei will ich Ihnen noch bemerken, daß er, wenn es gilt, der schlechteste Soldat ist, von seinem organisatorischen Talente, mit dem er so viel flunkert, gar nicht zu sprechen.“ Die Diktatur — äußerte Langiewicz ferner im Verlauf des Gespräches — habe ich nicht erstrebt, ich müßte sie annehmen. Dafür waren zwei Ursachen bindend, deren eine ich nicht erörtern darf, weil sie das geheimnißvolle Wollen des Centralkomitee's betrifft, dessen Anordnungen ich mich ungeprüft zu unterwerfen hatte; die zweite war allerdings sehr banal, und sie lag darin, dem unberufenen Auftreten Mikroslawski's ein Paroli zu bieten und seine unpraktisch vermessenen Pläne schon vorweg zu vernichten. Meine Diktatur war vor Allem deshalb ein Fehler, weil folgerichtig das Gros der russischen Truppen gegen das Korps, das ich in Person befehligte, operiren mußte. Nun mandirte ich aber nicht wie ein General regulärer Truppen, der nur taktisch zu organisiren und sich nicht zu exponiren braucht; ich müßte stets voran sein, und mit einem Unglück, das meine Person traf, war die Insurrektion, wenn auch nur auf dem Grunde meines Operationsterrains, empfindlich geschädigt.“ Meine Frage, dahin gerichtet, welche Hoffnungen er über den Verlauf der polnischen Insurrektion habe, beantwortete er mit der freudigsten Zuversicht. „Wir stehen erst am Anfange der Insurrektion“, sagte er, „und bis jetzt haben wir nur auf den ungünstigsten Terrains, und selbst da nicht ohne Erfolg, gearbeitet. Sehen Sie nach Lissabon, wie es sich dort gewaltig regt. Die polnische Insurrektion, die so zu sagen einen „Blutkrieg“ führt, wird noch viel Blut dem Kolosse der russischen Heeresmassen abzapfen, und sie dürfte länger andauern, als die Herren am Staatsrath glauben.“

### Nachricht.

#### Telegramme.

† Lemberg, 16. Apr. Cieszkowski wurde durch Zamczek ersch.†

† Krakau, 16. Apr. Dem heutigen „Gaz“ zufolge formirte Pablewski im Ploctischen Gebiet drei neue Insurgentenabtheilungen; ebenso haben sich zwischen Jendrzew und Checny (Gouvern. Radom) Insurgentenbänden gezeigt. Lopazki hat bei Staszow eine feste Stellung eingenommen.

† Von der polnischen Grenze, 16. Apr. Das Revolutionskomitee hat Polen in 23 Kreise eingetheilt, deren jeder 400 Mann zu stellen hat. Jeder Ort hat Steuern zu entrichten: Lody 25,000, Czestochau 10,000 Rubel. In den Kreisen sollen Zweigkomitees errichtet werden zum Behuf des Steuerwesens, der Leitung der Rekrutierung, und Handhabung der Strafgesetze.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Hermann Koenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 17. Apr. 2. Quartal. 49. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: „Der geheime Agent“; Lustspiel in 4 Akten, von Haackländer. „Obersthofmeister“ — Hr. Theodor Löwe zum dritten Debut.

Sonntag 19. Apr. 2. Quartal. 50. Abonnementsvorstellung. „Faust“; Trauerspiel in 5 Akten, von Göthe, mit Musik.



Ein Wort zur Würdigung.

(Eingekandt.) 3.v.202. Der frühlingähnliche Winter hat neben seiner Annehmlichkeit doch auch vielfache Unannehmlichkeiten herbeigeführt...

3.v.423. Heideisheim bei Bruchsal. Grassamen - Mischung zu Wiesenanlagen, Rasenplätzen etc. J. S. Sauer.

3.v.386. Hamburg. Allerneueste wiederum mit Gewinnen vermehrte Grosse Geldverloosung von 2 Millionen 700,000 Mark.

Laz. Sams. Cohn, Banquier in Hamburg. Auswärtige Aufträge werden gegen Einsendung des Betrages in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken...

3.v.494. Nr. 3956. Karlsruhe. Fahrnißversteigerung u. Schuldenliquidation. Aus dem Nachlaß des Freiherrn von Ghdorf...

3.v.484. Karlsruhe.

Gemälde-Ausstellung älterer und neuerer Meister im Kuppelhaufe des Drangerie-Gebäudes vom Donnerstag den 16. bis u. mit Sonntag den 19. d.

3.v.489. Karlsruhe. Neues 4% Königl. Großh. Luxemburgisches Staatsanlehen von Rthlr. 2,472,000.

3.v.501. Karlsruhe und Baden. Zu dem neuen Luxemburger 4% Anlehen nehmen die Unterzeichneten Subskriptionen entgegen.

3.v.481. Mannheim. Alle zu G. Hermann's neuester Satz-Schön- und Schnell-Schreibmethode gehörigen Artikel sind in dessen gegründetem Selbstverlag fortwährend unter gleicher Firma...

3.v.490. Bad Rippoldsau. Rippoldsauer Mineralwasser. Die Mineralquellen zu Rippoldsau gehören nach den Analysen von Bunsen...

3.v.507. Remmigen. Anforderung. Einem Sterbefalles wegen wird Jakob Westermayer...

3.v.476. Nr. 376. Einsheim. Ader-Versteigerung. In Folge Weisung großh. Kriegsministeriums werden am Dienstag den 21. April l. J.

3.v.487. Heidesheim bei Amt Koblenz. Rinderversteigerung. Dienstag den 21. April l. J. Nachmittags 1 Uhr...

3.v.895. Nr. 3950. Hadolfzell. Aufforderung. Peter Schmitt von Hadolfzell erbauete im Jahr 1837...

3.v.921. Nr. 1375. Gernsbach. Erbverteilung. Michael Maier von Gernsbach unbekannt wo abwesend...

3.v.921. Nr. 1375. Gernsbach. Erbverteilung. Michael Maier von Gernsbach unbekannt wo abwesend...

3.v.921. Nr. 1375. Gernsbach. Erbverteilung. Michael Maier von Gernsbach unbekannt wo abwesend...

3.v.921. Nr. 1375. Gernsbach. Erbverteilung. Michael Maier von Gernsbach unbekannt wo abwesend...

Weste von braunem Vollenzeug mit beinernen Knöpfen mit braunen, baumwollenen, übernten Leinwand...

3.v.951. Nr. 2382. Billingen. (Aufforderung und Forderung.) Der Schuhmacher Jakob Rothmund...

3.v.960. Nr. 7354. Heidelberg. (Aufforderung und Forderung.) Johann Ruf von Oberrhein...

3.v.953. Nr. 3679. Karlsruhe. (Aufforderung und Forderung.) Kader Werner, Uhrenmacher von Biederbach...

3.v.952. Nr. 3226. Karlsruhe. (Aufforderung und Forderung.) Christian Koller von Spöck...

3.v.945. Nr. 3422. Bretten. (Aufforderung.) Dem lebigen Willkür Carl Philipp Klumstedt...

Table with columns for Frankfurt, 15. April 1863, Staatspapiere, Anlehen-Lose, Wechselkurs, Gold und Silber. Lists various financial instruments and their values.